

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 6.45 Mk. mit Bringerlohn.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorsatzzeile 40 Pf.

Die Restzeile 150 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Homburg, Elsenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 71.

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Bahn).

Donnerstag, 24. Juni 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

43. Jahrg.

Die Steueranveranlagung.

Noch ist es kein Jahr her, seit die große Steuerreform von der Nationalversammlung in Angriff genommen wurde. Eine Aufgabe von ungeheurer Größe lag vor ihr, galt es doch, für das Reich mehr als zehnmal soviel Steuern zu schaffen, als es vor dem Kriege gehabt hatte. Der außerordentlichen Arbeit aller beteiligten Kräfte der Nationalversammlung wie der Regierung ist es jedoch gelungen, in rund drei Viertel Jahren das ganze direkte Steuerwesen des Reiches umzubauen und auch die indirekten Steuern auf wichtigen Gebieten zu reformieren.

Nun gilt es, die Steuererhebung zur Ausführung zu bringen. Breite Schichten des Volkes haben keine Vorstellung, welche ungeheure Arbeit die Veranlagung neuer Steuern überhaupt, und im gegenwärtigen Augenblick insbesondere macht. Jede neue Steuer erfordert nach dem Gesetz gewisse, monatliche Arbeiten zur Fertigstellung der Ausführungsbestimmungen, zur Vorbereitung und Durchführung der Veranlagungsarbeit. Das war schon im Frieden der Fall, wo es sich meistens um Steuern von geringem Umlauf handelte.

Wenn man nun bedenkt, daß mit Ausnahme der alten Ertragssteuer das ganze direkte Steuerwesen umgebaut worden ist, das eine Reihe ganz neuer Steuern zu früheren Steuern hinzukamen, so begreift auch der Laie, daß die Veranlagungsarbeit unendlich viel schwieriger geworden ist, als vor dem Kriege. Es gilt, ein Vielfaches dessen zu leisten, was die direkten Steuern an Veranlagungsarbeit früher gefordert haben. Dazu kommt ein weiteres: Nur in einigen Bundesstaaten des früheren Deutschen Reiches war schon vor dem Kriege die Veranlagungsarbeit und der ganze Finanzapparat in einer befriedigenden Weise ausgebaut. In anderen Bundesstaaten ließ die Organisation der Finanzverwaltung und die ganze Steuererhebung viel zu wünschen übrig. Sollten die neuen Steuern nicht bloß auf dem Papier stehen, sollte vor allem der Grundgedanke der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit in der Besteuerung voll zur Durchführung kommen, so mußte die ganze Steuerverwaltung umgewandelt werden. Das allein wäre in der Zeit vor dem Kriege eine Arbeit gewesen, die mehr als ein Jahr in Anspruch genommen hätte.

Auch diese Aufgabe ist gesetzgeberisch gelöst. Die Reichsabgabenordnung bringt eine vollkommen neue Grundlage für das ganze Steuerwesen und einen ganz neuen Aufbau der Steuerverwaltung. An dem praktischen Aufbau der Finanzverwaltung ist seit Beginn des Oktobers in rastloser Arbeit gearbeitet worden, und es ist auch hier erreicht, was man früher in so kurzer Zeitspanne nicht für möglich gehalten hätte. Dabei fielen sich Hemmnisse in den Weg, mit denen man vor dem Kriege überhaupt nicht zu rechnen gehabt hätte. Man denke an die Unterbrechung der Beamten bei der herrschenden Wohnungsnot. Daß auch die Beamtenschaft sehr stark erhöht werden mußte, ist selbst klar, sobald man sich vergegenwärtigt, daß die Reichsteuern allein mehr als zehnmal soviel Erträge bring-

auch bei der Veranlagung in der Gegenwart mit viel größerer Genauigkeit verfahren werden, weil die Höhe der Steuerlast die Gefahr der Steuerhinterziehung steigert. Auch die Steuergerichte selbst sind wesentlich verwickelter als vor dem Kriege, weil man trotz der hohen Steuersummen, die notwendig werden, die soziale Seite der Besteuerung in besonders weitgehender Weise herausgearbeitet hat.

In diesen Gründen kommen noch technische Schwierigkeiten mancherlei Art hinzu. Die große Masse gesetzgeberischer Arbeit auf den verschiedensten Gebieten wirkte verhängnisvoll auf die Durchberatung und Fertigstellung der Ausführungsbestimmungen. Die Papiernot und die Ueberlastung der Druckerien bereitete gleichfalls der Finanzverwaltung Schwierigkeiten. Daher kommt es, daß die Erörterungen zu einigen Steuern noch nicht durchgeführt werden konnten. Im übrigen aber läuft die Veranlagung für eine Reihe von Steuern mit Ausnahme des Reichsnotopfers und der Einkommensteuer, welche letztere ja nach dem Gesetz zum ersten Male im Jahre 1921 veranlagt werden wird. Soweit bei der Einkommensteuer eine Erhebung an der Quelle beim Arbeitgeber erfolgt wird in diesem Monat nach der Anfang damit gemacht werden.

Wer genauer hinsieht, der kann nicht von einer Veranlagung der Steueranveranlagung gegenüber dem Tempo in der Vorkriegszeit sprechen; der muß vielmehr zugeben, daß angesichts der heutigen gewaltigen Aufgaben und der großen Schwierigkeiten die Veranlagungsarbeit rascher gefördert wird als früher. Das das Reichsnotopfer andeulung, so war von vornherein klar, daß es Sommer werden sollte, bis die Veranlagungsarbeiten in Fluß kommen. Denn gerade bei diesem Gesetz erfordert die Vorbereitung für die Veranlagung große Sorgfalt. Außerdem handelt es sich hier um eine Steuer, durch welche ein sehr großer Prozentsatz der gesamten Bevölkerung, wenn auch mit kleinen Beträgen, erlagt wird. Schon bei der Abfassung des Gesetzes wurde deswegen bestimmt, daß Vorauszahlungen auf diese Steuer vorgenommen werden könnten, ehe die Veranlagung erfolgt ist. Die Bevölkerung selbst hat es in der Hand, auf diesem Gebiete der Finanzverwaltung die Arbeit wesentlich zu erleichtern. Auch durch möglichst genaue und richtige Angaben bei den einzelnen Steuererklärungen kann viel Arbeit durch die Veranlagung gespart werden; das kommt dann schließlich den Steuerzahlern selbst wieder zugute. Im übrigen ist dafür gesorgt, daß alle Steuerpflichtigen zur Steuer herangezogen werden, und daß die Veranlagung mit aller Gründlichkeit vorgenommen wird.

Prozeß Sonnenfeld-Scheidemann.

(Fortsetzung u. Schlus a. voriger No.)

Zeuge Hent bestreitet entschieden, daß er jemandem erzählt habe, Scheidemann und Ellarz hätten 100 000 Mk. auf den Kopf Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgelegt.

Staatsanwalt: Angeklagter, können Sie dem Zeugen Hent Ihre Behauptung ins Gesicht sagen? — Angeklagter zum Zeugen Hent: Nicht einmal, sondern 20 mal haben Sie gesagt, daß Liebknecht und Rosa Luxemburg von Reichsgruppen gefaßt und bestraft werden sollen, und

daß Scheidemann und Ellarz 100 000 Mark für die Veranlagung ausgelegt hätten. — Der Zeuge erklärt das für eine Lüge. — Der nächste Zeuge, der jetzige Hilfsarbeiter bei der Berliner Stadtkasse Albert Wolff, der seinerzeit bei der Reichsgruppe persönliche Ordnenanz des Zeugen Hent gewesen ist, sagt aus: Hent habe sogar öfters gesagt, daß Scheidemann und Ellarz 100 000 Mark auf den Kopf von Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgelegt hätten. — Hierauf wurde die Aussage des Nebenklägers Scheidemann verlesen, in der er unter seinem Eide mit aller Entschiedenheit bestritt, jemals direkt oder indirekt eine Belohnung für die Tötung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgelegt zu haben. — Der Zeuge Friedrich Jakob war f. H. an der Zentralstelle für Revolutionsoffizier beschäftigt. Er bekennt u. a., daß Hent erklärt habe, vor allen Dingen müsse man sehen, daß Liebknecht und Rosa Luxemburg um die Ecke gebracht würden. Bei dieser Äußerung sei aber niemand Zeuge gewesen. Im Reichstag sei es ganz allgemeines Gespräch gewesen, daß auf Liebknecht und Rosa Luxemburgs Tod Prämien ausgesetzt seien. Davon daß Scheidemann an der Aussetzung dieser Prämien beteiligt sei, sei keine Rede gewesen. — Zeuge Georg Ellarz bestreitet ganz entschieden, daß er eine Mordprämie ausgelegt habe. Er habe auch niemals mit Scheidemann über die Aussetzung einer Prämie gesprochen. — Zeuge Hent wird verurteilt, ebenso die übrigen Zeugen mit Ausnahme von Ernst Sonnenfeld.

Staatsanwalt Gerlach weist in einem längeren Plaidoyer darauf hin, daß von dem Angeklagten gar nicht der Versuch unternommen worden sei, den Mordanschlag zu verhindern, daß Scheidemann eine Belohnung für den Tod von Liebknecht und Rosa Luxemburg gestellt, also sich der Anstiftung zum Mord schuldig gemacht, nachzuweisen, daß ein Verwandter Scheidemanns einmal derartige Redensarten geäußert habe. Bei Vernehmung der Strafe sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte in der Presse gleichfalls sehr stark angegriffen worden sei. Deshalb empfehle er, von einer Freiheitsstrafe Abstand zu nehmen und auf die Höchststrafe von 600 Mark zu erkennen.

Das Urteil

des Gerichts lautet auf 2 Monate Gefängnis. In der Begründung heißt es, die vom Angeklagten aufgestellte Behauptung sei nicht wahr, er habe sie selbst nicht aufrecht erhalten. Der Gerichtshof sei von ihrer Unwahrheit auch überzeugt. Auch die Behauptung, daß er die Angaben von einer namhaften Stelle erhalten habe, sei nicht wahr. Es liege der Tatbestand des § 186 vor. Die Verleumdung sei eine äußerst schwere.

Volkswirtschaftliches.

Die Lohnforderungen. Die Landesstelle Bayern der Vereinigung der deutschen Arbeiterverbände, der in 33 Verbänden nahezu sämtliche Industriellen und Gewerbetreibenden Bayerns angeschlossen sind, erklärt, daß es ihr nicht mehr möglich ist, ihren Verbänden eine weitere Lohn-

berlage machte ihn um so entschlossener, die Leute zur Unterwürfigkeit zu zwingen.

Es war zwischen elf und zwölf Uhr abends, als auf der weißen Chaussee, welche nach Langenau führte, ein kleiner Trupp der ausländischen Vergleiste heimwärts wanderte. Es war Sonntagabend und der Sonntagstag in den benachbarten Minen, und die Vergleiste hatten einen entfernten Schacht besucht, um von ihren Kameraden einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Streikes einzusammeln.

Daß sie nicht mit leeren Händen entlassen waren, zeigte ihr mehr oder weniger angebeirter Zustand. Als sie Arm in Arm die Straße entlang schritten, ertönte aus ihren Reihen lautes Gelächter, heiterer Gesang, und ein fremder, ihnen begegnender Wanderer würde nicht geahnt haben, daß sie sich im Zustande verzweifelter Gegenwehr befanden.

Einer von ihnen schlug vor, ein wenig Halt zu machen, aber Sachse ermunterte zum Weitergehen.

Er war einer der Mitherrn und wünschte zu Weib und Kind zurückzukehren.

Er wurde aber überstimmt.

„Ich habe eine Flasche Brantwein, Kinder,“ rief einer Namens Neumann; „seht, hier ist sie. Seht Euch, Kameraden, und macht Euch bequem. Es soll dem alten Teufelskinder schlecht bekommen, daß er uns verhungern läßt.“

„Ich möchte lieber nach Hause gehen,“ sagte Sachse wieder. „Meine Frau wartet auf mich.“

„So wird das Deiner Alten nicht schaden, Kamerad,“ antwortete Neumann. „Komm, seht Dich, wenn die Flasche leer ist, gehen wir alle.“

Da Sachse kein Spielverderber zu sein wünschte, setzte er sich zu den Genossen auf die grüne Bank; die gefüllte Flasche ging von Hand zu Hand und von Mund zu Mund, wobei die Unterhaltung immer lauter und lauter wurde.

„Dort sitzt der alte Geizhals und bedrückt seine Schätze!“ sagte einer, auf das in der Ferne sichtbare Herrenhaus deutend, in dem noch ein paar Fenster erleuchtet waren.

„Ja,“ erwiderte Sachse, „Nicht ist in seinem Zimmer. Ob er wohl Pläne ausheckt, wie er uns am besten fassen kann?“

Bergmanns Töchterlein.

Roman von Martin Förster.

(Nachdruck nicht gestattet.)

„Wenn sie nur ausbessern sollen, wie kommt es dann, daß sie alle Vergleiste sind?“ war die Erwiderung des Anderen.

„Ich weiß es besser, sie fördern Kohlen und denken nicht an Ausbessern. Besten wurden Kohlen gefördert, und heute und morgen wird dies auch geschehen, wenn sie wieder einfahren.“

„Sie werden einfahren. Ihr und Eure Kameraden haben hier nichts zu suchen, Sachse; Ihr übertretet die Grenze. Fort mit Euch allen! Ihr wißt, daß ich nicht mit mir spielen lasse.“

„Und wir lassen auch nicht mit uns spielen,“ war Sachses entschlossene Antwort. „Wenn diese Leute den Schacht verlassen, wollen wir auch gehen, eher nicht!“

„Alle Wetter, Sachse, nehmt Euch in acht. Ihr könntet morgen mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen!“ rief Wiedemann heftig.

„Schicken Sie die Leute fort, sonst weichen wir nicht vom Platz!“

„Fahrt ein, Leute!“ schrie Wiedemann. „Reht Euch nicht an die Herumtreiber!“

„Wenn diese Leute heute abend einfahren, so werden sie es ihr ganzes Leben hindurch bereuen,“ sagte Sachse sehr ruhig und nachdrücklich. „Und Sie werden es auch bereuen, Herr Wiedemann.“

„Fahrt ein! Noch einmal! Ich befehle es! Tretet zurück, Sachse, oder, bei Gott, ich erschlage Euch. Morgen sollt Ihr hier sitzen.“

Der rote, flackernde Fackelschein fiel auf den blühenden Lauf eines Revolvers in der Hand des Minenbesizers. Die Waffe war auf Sachses Kopf gerichtet, aber er suchte nicht mit der Wimper. Er richtete nur seine brennenden Augen fest auf das von Leidenschaft entstellte Gesicht seines Herrn und sagte ruhig: „Wenn Sie nicht Vernunft annehmen wollen, dann mag es geschehen. Ich werde aber erst ein Wort mit den Leuten reden. Hört mich einen Augenblick an,“ wandte er sich an die Abtrünnigen. „Ihr, Jakob, Fritz, Jürgen, Joachim, halt alle Verwandte im Dorf. Meint Ihr nicht, daß Eure Mütter und Mütter, Eure Schwestern und Brüder, Eure

Frauen und Kinder sich Eurer schämen werden, wenn sie erfahren, daß Ihr abtrünnig geworden seid? Schämt Ihr Euch nicht vor Euch selbst? Wißt Ihr nicht, daß Ihr unsere Feinde werdet, wenn Ihr jetzt arbeitet? Wißt Ihr nicht, daß Ihr diesem Tyrannen helft, das Blut aus unserer Kinder Mund zu nehmen? Um Eurer Ehre willen, werft die schamhafte Arbeit hin und kommt nach Hause, haltet Euer Wort, wie es Männern ziemt. Wollt Ihr uns feige im Stich lassen?“

Die Stimme des Sprechenden klang seltsam eindringlich und herabwendend. Die Abtrünnigen konnten dem ehrlichen Anruf nicht widerstehen. Einer nach dem andern wandte sich zu Sachse und zu seinen Begleitern, dann verließ der ganze Trupp in geschlossener Reihe den Schacht, und marschierte ins Dorf, den Besitzer und seinen Helfersheifer in der aufgebrachtsten Stimmung zurücklassend. Durch die stille Sommernacht tönte das Jöhlen der Leute und die Verwünschungen ihres Herrn.

2. Kapitel.

Es war eine warme, warme Augustnacht. Am Himmelsgewölbe funkelten die Sterne in voller Pracht, und obgleich der Mond nicht sichtbar war, lag es wie ein heller Schein über der Erde.

Der Streik in dem Herrschaftsdamerte fort. Die Leute waren schon über einen Monat untätig gewesen, und das feindselige Verhältnis zwischen dem Minenbesitzer und seinen Arbeitern hatte eine drohende Gestalt angenommen.

Am Morgen, welcher dem jüngst berichteten Vorgang am Schacht folgte, hatte der Minenbesitzer Sachse und einige seiner Kameraden wegen Ausbeugung vor Gericht angezeigt. Der Beamte hatte sich jedoch der geschlossenen Verbindung gegenüber machtlos gezeigt und die Leute mit einer Warnung wieder entlassen. Dann hatte Konrad Wiedemann erklärt, den Abtrünnigen ihre geleistete Arbeit nicht bezahlen zu wollen.

Als aber einer der Leute, welche heimlich Kohlen gefördert hatten, dem Minenbesitzer aufgetaucht und ihm angedeutet hatte, daß sie, wenn er ihnen den verdienten Lohn vorenthalte, die Bedingungen beunruhigen würden, unter denen er sie überleben hätte, da änderte er seinen Entschluß und folgte sich der Notwendigkeit.

So war Wiedemann vorläufig gelassen, aber seine Mi-

...

...

...

...

...

...

erhöhung zu empfehlen. In allen Zweigen des bayerischen Gewerbes und der Industrie würden Aufträge in großem Umfange rückgängig gemacht. Neue Aufträge kämen gar nicht mehr oder nur langsam und dann zu den herabgedrückten Preisen. Weitere Lohnerhöhungen würden den Arbeitnehmern nichts nützen, sondern letzten Endes nur Schaden, da Entlassungen in größerem Umfang oder vollkommene Stilllegung dieser Betriebe die unausbleiblichen Folgen der Lohnerhöhungen sein müßten. Außerdem erfordert der Vollzug der Gesetze eine fortwährende Vermehrung der Beamten, Angestellten usw., so daß diese Lasten beim Daniederliegen unserer Wirtschaft und dem Rückgang unserer Steuerkraft auf die Dauer nicht mehr erträglich seien. Die Vertreter der bayerischen Arbeitgeberverbände haben die maßgebenden Stellen, Behörden und Volksvertretung, dringend gebeten, zur Vermeidung weiterer schlimmer Folgen der bisherigen Entwicklung Einhalt zu tun.

Achtstundenschicht. Das sächsische Arbeitsministerium verhandelte in Jura mit den Betriebsräten des Zwickauer und Glogauer Kohlenreviers und den Vertretern des Bergbauvereins über die Einführung der Achtstundenschicht. Die Betriebsräte sahen mit großer Freude eine Entschärfung, in der sie anerkennen, daß die Kohlennot rasche Abhilfe erfordert, und daß es zurzeit kein anderes Mittel gibt, ihr zu steuern, als die Achtstundenschicht wieder einzuführen. Die Betriebsräte wollen in diesem Sinne auf die Belegschaften einwirken.

Zur Tagesgeschichte.

Abstimmung in Ostpreußen.

Der Deutsche Schutzbund teilt mit: Die Erschwerungen, die dem Transport der stimmberechtigten Ost- und Westpreußen in die Heimat durch die polnischen Verkehrsbeschränkungen erwachsen, machen es notwendig, daß die mit einem Freifahrtsschein des Schutzbundes ausgestatteten Reisenden sich aufs genaueste an den vorgeschriebenen Reisefog und Zug, besonders auch für die Rückreise halten. Die Freifahrtsscheine gelten nur für den Zug, auf den sie ausgestellt sind. Im Interesse der Gesamtheit der Stimmberechtigten hat die Eisenbahnverwaltung die Benutzung anderer als der vorgeschriebenen Züge für unzulässig erklärt. Für verlorene oder verfallene Fahrtscheine kann der Deutsche Schutzbund, der jeden ausgegebenen Freifahrtsschein bezahlen muß, seinen Ersatz leisten. Um Irthümern unter den Stimmberechtigten vorzubeugen, teilt der Deutsche Schutzbund weiter mit, daß alle auf den Transport bezüglichen Mitteilungen nur dann als verbindlich und zuverlässig anzusehen sind, wenn sie vom Deutschen Schutzbund herrührend gekennzeichnet sind, der allein die Transportfragen bearbeitet.

Erzberger.

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß die Zentrumspartei Erzberger nicht daran hindern könne, sein Mandat auszuüben. Er habe aber keine Gelegenheit mehr, seinen früheren Einfluß auf die Partei geltend zu machen. Vielmehr werde man ihm soviel Zurückhaltung auferlegen, daß er wahrscheinlich von selbst später sein Mandat niederlegen wird, wenn er einsieht, daß es ihm nicht möglich ist, irgend welche Arbeiten zu leisten.

Kürst Bülow.

In politischen Kreisen wird wenn auch nur in mittelbarem Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise, in den letzten Tagen wiederholt der Name der Kürst Bülow genannt. Man spricht davon, daß der frühere Reichskanzler von einflussreicher Seite für eine besondere Verwendung in Aussicht genommen sei. Die Diskussion über diese Frage in der Öffentlichkeit wird allerdings erst dann eröffnet werden, wenn die politische Lage eindeutig geklärt ist. Kürst Bülow selbst scheint nicht abgeneigt zu sein, sich erneut am politischen Leben zu beteiligen. Wie wir zuverlässig erfahren, hielt sich Kürst Bülow dieser Tage in Berlin auf und bleibt auch für die nächste Zeit in Deutschland.

Eine internationale Anleihe.

Die französische Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit der Frage einer internationalen Anleihe, bei der auch die Bedürfnisse Deutschlands berücksichtigt würden. Dazu schreibt der „Temps“ in einem ohne Zweifel inspirierten Artikel folgendes: Deutschland zugrunde zu richten, ist weder der Wunsch der Alliierten, noch liegt dies in ihrem Interesse, aber dies liegt auch noch viel weniger im Interesse Deutschlands, und darum wäre es die Pflicht der Deutschen, sich in dieser Hinsicht vernünftiger zu erweisen. Die Alliierten haben die größte Vollmacht und es ist Deutschland, das dazu verpflichtet ist, sich mit denjenigen Bedingungen einverstanden zu erklären, die ihm auferlegt werden. Einerseits muß Deutschland begreifen, wenn es in irgend einer Weise gegen die internationalen Anleihen Front machen würde, sich im gleichen Augenblicke des hauptsächlichsten Interesses berauben würde, das die Alliierten an dem Wiederaufbau von Deutschland haben, und dies gilt hauptsächlich mit Bezug auf Frankreich. Weiter muß man sagen, daß die Behauptung der deutschen Zeitungen, denen zufolge Deutschland sich selbst wieder erholen könne, im Ausland als unrichtig erachtet wird. Deutschland ist ebenso wie seine Gläubiger daran interessiert, daß die alliierten Regierungen einheitlich vorgehen und in einheitlicher Weise auf der Ausführung der Bedingungen des Versailler Vertrags bestehen. Soweit wir es beurteilen können, darf daran kein Zweifel gesetzt werden, daß die französisch-englische Verständigung in dieser Hinsicht eine vollkommene Übereinstimmung gezeigt hat.

Zur Konferenz in Spa.

Aus Berliner diplomatischen Kreisen erfahren wir, daß die Konferenz von Spa am 15. Juli erst beginnen werde. Die Konferenz von Boulogne wird voraussichtlich vier Tage dauern. Sodann brauche man noch ungefähr 14 Tage Zeit, um die Vorbereitungen für Spa zu treffen. Die Alliierten würden mit einem fertigen Programm nach Spa kommen.

Die Entwaflnung Deutschlands.

Die Vorkonferenz hat unter dem Vorsitz Jules Cambons die Entscheidung getroffen, über die Frage der Entwaflnung Deutschlands. Diese Entscheidung entspricht der des internationalen militärischen Komitees und wird den Regierungschefs, die in Boulogne versammelt sind, mitgeteilt. Zu dieser offiziellen Mitteilung bemerkt der „Temps“, daß die Eignung nur von kurzer Dauer gewesen sei, da die Mitglieder des Vorkonferenzrates im Besitze von Instruktionen gewesen seien. Obgleich die Entscheidung des Obersten Rates nicht veröffentlicht wurde, glaubt der „Temps“ zu wissen, daß das deutsche Heer innerhalb der festgesetzten Zeit, also bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann zurückgeführt werden müsse. Im Falle die

deutsche Armee von 100 000 Mann nicht genügen sollte, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, müßte zur Schaffung regionaler Polizeitruppen geschritten werden.

Kein Geheimbefehl.

Amlich wird bekanntgegeben: Das „Echo du Rhin“ vom 31. Mai brachte den Wortlaut eines angeblichen Geheimbefehls des Reichswehrministeriums mit der Unterschrift Oberst Heyer, in dem die Unterbringung der bisherigen aktiven und inaktiven Offiziere in guten Stellen gefordert wird, damit man später auf sie zurückgreifen könne. Ein Befehl gleichen oder ähnlichen Wortlauts erging vom Reichswehrministerium niemals. Es kann sich nur um eine Fälschung handeln.

Frankreich und der Vatikan.

Die französische Regierung hatte in der Kammer eine Vorlage eingebracht, in der Mittel verlangt wurden für die dauernde Ernennung eines Botschafters beim Vatikan. Die Vorlage ist nicht nur in der Kammer auf Widerstand gestoßen, sondern es haben sich auch Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit dem Vatikan ergeben, der sich mit der Trennung von Staat und Kirche nicht abfinden will. Infolgedessen ist die Vorlage jetzt von der Regierung zurückgezogen worden.

Frankreich und Belgien.

Laut „Journal“ überreichte eine Gruppe von etwa 200 Abgeordneten dem Ministerpräsidenten einen Antrag, wonach Frankreich Belgien keine ganze Hilfe leisten solle, daß es ferner mit allen Kräften auf die Verwirklichung des Beschlusses des Obersten Rates vom 3. März 1919 hinarbeiten solle, wonach die Verträge von 1839 in allen ihren Bestimmungen revidiert werden sollen, um Belgien von den ihm durch diese Verträge auferlegten Beschränkungen in der Oberherrschaft zu befreien, ferner das Scheldeproblem, die Frage von Limburg und des Antwerpen-Rhein-Kanals zu regeln.

England als Gläubiger.

Der ehemalige Abgeordnete Franklin-Vollon, der in England eine Untersuchung über die Stimmung des englischen Volkes und der politischen Kreise Englands gegenüber Frankreich veranlaßt hat, erklärt Lloyd George habe ihm gegenüber gesagt, Frankreich und Italien schulden England 25 Milliarden. England schulde an Amerika die gleiche Summe. Lloyd George habe in Washington erklären lassen, England wolle auf die Rückzahlung dieser Schuld Frankreichs und Italiens verzichten, wenn Amerika ein gleiches tue. Die Forderung sei jedoch kategorisch und, wie er glaube, endgültig abgelehnt worden.

Der Handel mit Rußland.

Unter dem Namen „The International Clearinghouse“ wurde in Kopenhagen eine Gesellschaft gegründet, deren Aktienkapital vorläufig auf zwei Millionen Kronen festgesetzt und zu gleichen Teilen in englischem und holländischem Besitz ist. Die Gesellschaft hat den Zweck, die Bestrebungen zur Wiederaufnahme des Handels zwischen Rußland und den europäischen Ländern zu unterstützen. Von russischen kooperativen Gesellschaften traf ein größerer Vertrag in Gold ein, wie verlautet vier Millionen Kronen, der in der dänischen Nationalbank deponiert wird.

Ein Ueberfall auf den Kaiser?

Nach einer Meldung aus dem Haag an die „Chicago Tribune“ soll der frühere deutsche Kaiser am Mittwoch fast das Opfer eines Mordanschlags geworden sein. Ein als Arbeiter verkleideter Deutscher soll sich in die Wohnung von Doorn unter dem Vorwande, zur Ausbesserung der Wasserleitung geschickt worden zu sein, eingeschlichen haben. Er soll den früheren Kaiser im Bad überfallen und umzubringen versucht haben. Er habe ihn aber nur am Arm verletzt. Der Attentäter, der sofort von der Wache verhaftet wurde, soll sich geweigert haben, jede Erklärung abzugeben. (Wir geben diese sensationelle Meldung des amerikanischen Blattes wieder, bemerken jedoch dazu, daß sie bisher von keiner anderen Seite eine Bestätigung erfahren hat. Es sind also einige Zweifel in ihre Richtigkeit berechtigt. D. Red.)

Truppenbesichtigungen.

Der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, hat an mehreren Tagen der vergangenen Woche Truppen und militärische Einrichtungen der Garnison München besichtigt. Die Truppen, die zum Teil im Ruhrgebiet verwendet wurden, machten einen sehr guten Eindruck. Verschiedene Ausreden mit Offizieren und Mannschaften bewiesen vollumfänglich, daß die bayerischen Führer und Truppen, getreu den Ueberlieferungen des Weltkrieges, in festem Zusammenhalt und eifriger Arbeit alle Glieder der Reichswehr den einzigen Weg zur Gesundung der deutschen Armee erblickten. Die Besprechungen mit den führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatten ein gleich günstiges Ergebnis. General v. Seeckt kehrte sich von München nach den größten Ständen Nordbayerns.

Die Regierungsbildung.

Noch keine Regierung.

Wie wir von gutinformierter Seite erfahren, ist die Regierungsbildung vorläufig als gescheitert anzusehen. Die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei hat einen der Öffentlichkeit noch nicht übergebenen Beschluß gefaßt, über dessen Inhalt nichts verlauten darf. Soviel ist aber sicher, daß die Demokraten abwarten wollen, was die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, am Dienstag beschließt. Dieser Umschwung in der Haltung der Demokraten wurde dadurch hervorgerufen, daß die Sozialdemokraten es vorläufig abgelehnt haben, für das Vertrauensvotum der neuen Regierung zu stimmen. Die Demokraten machen aber ihren Eintritt in die Regierung von der neutralen Haltung der Sozialdemokraten abhängig. Wird am Dienstag die sozialdemokratische Fraktion beschließen, der neuen Regierung ihr Vertrauen nicht auszusprechen, so werden die Demokraten eine Teilnahme an der Regierung verweigern. Unter diesen Umständen wäre dann die Regierungsbildung gescheitert.

Das Regierungsprogramm.

Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum setzen ihre Bemühungen zur Regierungsbildung fort. Das Regierungsprogramm soll den anderen Parteien mitgeteilt werden, wobei die Forderung an die Demokraten und Mehrheitssozialisten wiederholt wird, die Regierung zu unterstützen und an ihr teilzunehmen. Von der Aufnahme des Regierungsprogramms bei diesen Parteien wird es abhängen, ob die Regierungsbildung zustande kommt oder nicht.

Präsident Fehrenbach gibt sich inzwischen die größte Mühe, eine vermittelnde Tätigkeit unter den Parteien zu entfalten. Es ist ihm zwar gelungen, den rechten Flügel der Demokraten unter Schiffer zur Nachgiebigkeit zu ver-

anlassen. Diesem steht aber ein harter linker Flügel gegenüber, der die Beteiligung an der Regierung ablehnen will. Trotz alledem ist man in Zentrumskreisen geneigt anzunehmen, daß es noch gelingt, eine Lösung herbeizuführen.

Die Mehrheitssozialisten.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Sozialdemokraten das Zustandekommen der neuen Regierung verhindern wollen, wenn diese nicht das Zukunftsprogramm macht, die Politik im Sinne der früheren Regierung fortzusetzen, und zwar in folgenden Punkten: Unantastbarkeit der erworbenen Arbeiterrechte, Festhalten an der republikanischen Verfassung, Politik der internationalen Verständigung, Demokratisierung der Verwaltung, Durchführung der Vermögenssteuer, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit u. a. m. Sollte im Programm der neuen Regierung ein Widerspruch gegen diese Forderungen zu finden sein, so werden die Sozialdemokraten für ein Mißtrauensvotum stimmen.

Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt.

Berlin, 21. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung, Rechtsanwalt Fehrenbach, zum Reichskanzler ernannt. Fehrenbach hat die Berufung angenommen. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Kabinettsbildung recht bald zum Abschluß gelangen.

Die Reichsschulkonferenz.

Die Reichsschulkonferenz hat ihre Beratungen beendet. Vor der Schlußansprache des Reichsministers Koch erging mit Beifall Empfang, der österreichische Gesandte Prof. Hartmann das Wort, indem er zunächst auf die derzeitige Lage des Schulwesens in Österreich einging und ausführte, Österreich hoffe auf baldiges Aufheben des unnatürlichen Zustandes, daß ein deutscher Stamm vom Mutterlande abgetrennt sei. Die Schranken zwischen Österreich und Deutschland müßten auch auf dem Gebiete der Schule niedriger werden. Die Freizügigkeit für Schüler und Lehrer, gegenseitige Anerkennung der akademischen Zeugnisse und mögliche Angleichung des deutschen und österreichischen Schulwesens müßten kommen. Beide Teile würden dabei gut fahren in gegenseitiger Befruchtung. (Lebhafter Beifall.) Reichminister Koch wies auf diese Ausführungen des Vertreters eines deutschen Stammes hin, den keine überstaatliche Willkür von uns trennen könne. (Beifall.) Der Kongreß habe mancherlei gebracht, was jetzt noch Samenform, später aufgehen werde. Die Regierung danke allen, die mitgearbeitet hätten. Ueberall gebe es Grenzen des Möglichen, besonders aber jetzt in unserem armen Deutschland. Er glaube, daß der Kongreß im Sinne der Verständlichkeit und des Ausgleichs wirken werde, die wir nötig brauchen. Der Reichswirtschaftsrat werde kommen, um den Reichstag zu entlasten. Es werde nötig sein, daß auch ein Kulturrat geschaffen werde. „Auf Wiedersehen im Reichskulturrat!“ (Beifall.)

Eine Machtprobe.

Der Boykott gegen Ungarn.

Die gegenwärtige Auffassung der Christlichsozialisten und der Sozialdemokraten in der Frage des Boykotts gegen Ungarn hat nicht dazu beigetragen, die bestehenden gegenseitigen Verärgelungen zu beheben. Der Boykott macht sich infolge der Sonntagsruhe in Post- und Straßenverkehr vorerst nur in der Sperre der Telegrafentelefonierung und des Telefons bemerkbar. Die „Arbeiterzeitung“ betont die bedeutsame Tatsache, daß mit diesem Boykott zum ersten Male die Internationale der Gewerkschaften mit einer großen Aktion in das Geiräte der europäischen Politik eingreife, während ihre Tätigkeit bis zum Kriege sich auf das engere gewerkschaftliche Gebiet beschränkt hätte. Der Internationale Gewerkschaftsbund stelle die Keimzellen des wirklichen Völkerbundes der Zukunft dar.

Die bürgerliche Presse Wiens betont überwiegend die Nachteile, die Österreich aus der Exekutive des Ankerbundes erwachsen. Einige bürgerliche Blätter haben mit der christlichsozialen Presse in daselbe Horn und weichen vor der Hungersgefahr, die Wien durch den ungarischen Boykott bedrohe. Auch könne die Verstopfung der österreichischen Eisenbahnstationen durch die Zurückhaltung der für Ungarn bestimmten Waggons zu einer Gefahr für das österreichische Eisenbahnwesen werden. In der „Reichspost“ erklärt der Gesandte Ungarns in Wien, Dr. Graf, die Ankerbunde Internationale hätte sich vor der Beschlußfassung die volle Gewißheit verschaffen können, daß jene Daten, auf die sich der Boykottbeschluß stützt, vollkommen falsch seien.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat auch die Leitung der deutschen Gewerkschaften die Parole zur Boykottierung Ungarns an die deutschen Arbeiter ausgegeben. Es wird vornehmlich an die Transportarbeiter und an die Eisenbahner die Aufforderung gerichtet, keine Transporte nach Ungarn weiterzuleiten und alle nach Ungarn bestimmten Sendungen anzuhalten. Auch die Postbeamten sind angewiesen, keine Postsendungen nach Ungarn weiterzugeben. In Österreich konzentrierten sich alle Vorbereitungen zur Boykottierung Ungarns. Mit den dortigen Gewerkschaften haben sich die Arbeiterverbände Englands, Frankreichs, Hollands, Schwedens, Norwegens und der Schweiz in enge Verbindung gesetzt. Ferner werden sich an dem Boykott beteiligen die Arbeiterorganisationen Italiens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und Jugoslawiens. In Kreisen der Gewerkschafts-Internationalen hofft man den Boykott derart durchzuführen, daß jeder Verkehr nach Ungarn stillgelegt wird. Der Boykott gegen Ungarn soll bekanntlich deswegen durchgeführt werden, weil die ungarische christlichsozialistische Regierung beschuldigt wird, einen furchtbaren Terror gegen die ungarischen Kommunisten und Sozialisten veranlaßt zu haben.

Kleine Meldungen.

Berlin. Nach längerem Leiden entschlief der langjährige frühere Reichstagsabgeordnete Prinz Heinrich zu Schönau-Garolath im Alter von achtundachtzig Jahren.

Paris. In der Kammer stellten 85 Deputierte dem „Populaire“ den Antrag, den Achtstundentag zeitweise auf Kraft zu setzen, um die Erzeugung in Frankreich zu erhöhen.

Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ soll Mustafa Kemal Pascha die britischen Truppen in Jemid durch ein Luftgeschwader anzugreifen haben. mid werde allmählich von den Engländern geräumt.

Paris. Nach einer Londoner Meldung der „Information“ erklärt sich die Möglichkeit, mit der die

kommentierte Lloyd Georges mit Millerand in Dänemark
gesetzt wurde, aus den türkischen Angelegenheiten.
Kopenhagen. Ein britisches Geschwader unter
dem Kommando Robert Keyes ging auf der Kopenhage-
ner See vor Anker. Das Geschwader besteht aus zwei
Schlachtschiffen und Torpedobooten. Nach Meldung die-
ses Anker wurde die Kohlenzufuhr aus England bis
auf weiteres eingestellt.
Rom. Die italienische Presse rechnet mit der Mög-
lichkeit einer Revision des türkischen Friedensvertrages.

Nassau und Umgebung.

Sport. Am vergangenen Sonntag spielte die 1. Ju-
gendmannschaft vom Turn- und Sportverein Nassau gegen
dieselbe des Sportvereins „Herta“ Nivern. Erstere Mann-
schaft spielte mit Verlust von vier Spielern. Jedoch endete
das Spiel mit 4:0 Toren zu Gunsten von Nassau.

Die Maul- und Klauenseuche ist nunmehr auch
in Bergnassau-Schweern und Singhofen amtlich festgestellt
worden.

Die Aussichten der Spätkornnte lassen sich
jetzt überall klarer überblicken. Im allgemeinen kann da-
festgestellt werden, daß uns der Herbst, wenn auch eine
gute Mittelernte so doch nicht die reiche Fülle
der diesjährigen Frühkornnte bringen wird. Die Vor-
schäden versprechen in dieser Hinsicht noch den besten Ertrag.
Die Bäume zeigen sichweise einen sehr guten Bestand,
und wenn infolge der Trockenheit nicht allzuviel Früchte
vorzeitig abfallen, so dürften Zweischoten und Zwei-
schotenmispeln im Herbst nicht allzusehr zu stehen kommen.
Recht verschiedenartig stehen dagegen die Birnbäume.
Viele von ihnen zeigen trotz herrlicher Blütenfülle im
Frühjahr jetzt einen recht spärlichen Bestand. Die haben
„falsch“ geblüht, wie sich der Pauermann ausdrückt. An-
dere Bäume heugen sich schon recht unter einer Überfülle
Fruchtschüssel. Für die Kesseln geht das allgemeine Ur-
teil dahin, daß wir auf eine schwache Mittelernte rech-
nen dürfen. Bei frühblühenden Sorten fiel die Blütezeit
in regnerische kalte Tage, so daß die Blüte infolge lan-
gsamen Verkaufs den Insekten viel Zeit zu ihrem Zer-
störungswerk bot. Später blühende Sorten wie die be-
kannten Schanzen stehen meist sehr gut. Jedenfalls be-
deutet aber die gesunde Ernte des Jahres 1920 eine
gute Mittelernte.

Erhöhte Zuckerpriese. Man rechnet in Kreisen
der deutschen Zuckerindustrie damit, daß der Zuckerpriese
für das kommende Betriebsjahr bedeutend erhöht wird,
und zwar wird mit einer Erhöhung des Preises um
100 auf 250 Mark für den Zentner gerechnet. Hierzu er-
fährt die „Voss. Ztg.“, daß tatsächlich bereits seit länge-
rer Zeit eine Preissteigerung in obigem Ausmaß in
Aussicht genommen sei. Die Preise dürften jedoch erst im
August oder September festgesetzt werden.

Die Erhöhung der Postgebühren hat Ein-
schränkungen bedingt, die man früher nicht für mög-
lich gehalten hätte. Abgesehen davon, daß das Verbot
von Ansichtskarten bei Gelegenheiten von Ausflügen, Urlauben
und Geschäftsreisen an Familienangehörige, Verwandte
und Bekannte sehr erheblich eingeschränkt wurde, ist auch
an Stelle des Briefes mehr als früher die Postkarte ge-
treten, da diese immerhin um 10 Pfg. billiger ist als der
Brief. Im Verkehr zwischen Geschäftsleuten und Kunden
war es früher üblich, nach Beendigung der Übertragungen
Konten oder Lieferungen die Rechnung durch die Post
zu senden und dann die Bezahlung durch Vermittlung der
Post abzuwarten. Jetzt gehen die Geschäftsleute häufiger
dazu über, durch einen Lehrling, ein Lehrlingskind oder
eine Buchhalterin bei der Kundschaft am Ort mit der Rech-
nung zugleich die ausgesetzte Rechnung in Vorlage brin-
gen zu lassen, so daß der Geschäftsmann jetzt meist in
kurzer Zeit zu seinem Gelde kommt, als dies früher der
Fall war.

Das neue Reichsverordnungsgezet. Wie der
Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsin-
teressierter, Reichsgeschäftsstelle Berlin NW 6, Luisenstr.
31b, aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, sollen die Aus-
führungsbestimmungen zum neuen Reichsverordnungsgezet im
Reichsanwalt der Kriegsbeschädigten- und Kriegsin-
teressierten-Fürsorge vom 7. bis 9. Juli beraten werden. Es
wird die Hauptaufgabe der Vertreter des Zentralverbandes
sein, dafür zu kämpfen, daß durch die Ausführungsbestim-
mungen die vielen Härten des neuen Gesetzes möglichst ge-
mildert werden. Ein Wegweiser durch das neue Reichsver-
ordnungsgezet nebst Rententabelle, Preis M 1,50 ohne Por-
to und Verpackung, kann von der Reichsgeschäftsstelle, Ber-
lin NW 6, Luisenstr. 31b, bezogen werden. Die Verbands-
leitung hat eine Kommission gebildet, welche die Anträge des
Zentralverbandes zu den Ausführungsbestimmungen formuliert
und dem Reichsarbeitsministerium übermitteln soll. An den
Beratungen sind namhafte Sozialpolitiker beteiligt. Anträge
und Anregungen der Kameraden aus dem Lande sind über-
aus erwünscht. Man wolle sie der sozialpolitischen Abteilung
des Zentralverbandes übersenden, welche gleichfalls jede Ren-
ten- und Unterstützungssache unentgeltlich bearbeitet und über
jede Angelegenheit Auskunft gibt.

Der gestürzte Siebenschläfer (27. Juni) ist
herangenan. Man weiß, daß der Volksmund von diesem Tage
das Wetter während der sieben Wochen, die ihm folgen,
abhängig macht. Nun ist das zwar nicht allzu schlimm, man
hat schon Siebenschläfertage mit Wolkenbrüchen erlebt und
hinterher sieben Wochen in der Sonnenhitze gebraten wie ein
Apfel in der Ofenröhre. Etwas wahres ist an der Sieben-
schläferregel insofern, als im allgemeinen eine längere Re-
genperiode dann zu erwarten ist, wenn um den Siebenschlä-
fertag herum, also in den letzten Junitagen, dauernd bedeck-
tes und regnerisches Wetter vorherrscht. Man muß in diesem
Falle annehmen, daß bei dem Mangel an starken Luftströ-
mungen in den höheren Schichten, wie ein solcher Mangel ge-
rade im Sommer sehr gewöhnlich ist, eine rasche Verteilung
angestammelter Regenwolken nicht stattfindet und daß insolge-
dessen das durch die Erde ausgedünstete Wasser immer wie-
der in Form von Regen auf den gleichen Landbezirk nieder-
fällt. Um eine solche Erklärung aber nur halbwegs plausi-
bel zu machen, ist es natürlich Vorbedingung, daß man sich
vom Auftreten eines plötzlichen, aus irgend einer Veranlas-
sung eingetretenen Regengusses am Siebenschläfertag keine
prophetischen Wirkungen versprechen kann. — Den Namen
Siebenschläfer führt dieser Tag nach einer alten Volks-
sage. Donach sollen im 5. Jahrhundert nach Christi unter dem
römischen Kaiser Valerian sieben Bräuer in einer Höhle
vor der Christenverfolgung verborgen haben und erst nach
hundert Jahren im Starckampf, aber noch lebend, wieder
aufgefunden sein. Man wird auch bei dieser Sage, wie bei
so mancher anderen, den Versuch christlicher Religionsaus-

breiter annehmen müssen, durch Verquickung heidnischer Ge-
bräuche mit christlichen Sitten und Erlebnissen der Weiter-
ausbreitung des Christentums die Wege ebnet zu wollen.

Bekanntmachung.

über Barreinzahlungen zum Reichsnotopfer.
Es hat den Anschein als ob in weiten Kreisen der Be-
völkerung noch nicht mit der Tatsache gerechnet werde, daß
das Reichsnotopfer, die große Abgabe vom Vermögen nach
dem Gezet vom 31. Dezember 1919, demnächst veranlagt und
erhoben werden muß. Insbesondere scheint auch die Bevöl-
kerung noch nicht genügende Kenntnis von den Vorteilen zu
besitzen, die mit einer möglichst schon vor der Veranlagung
erfolgenden Barreinzahlungen auf das Reichsnotopfer ver-
bunden sind.

Für die bis zum 30. Juni 1920 in bar gezahlten Be-
träge werden 8 v. H. für die vom 1. Juli bis 31. Dezem-
ber 1920 bar gezahlten Beträge 4 v. H. als Vergütung ge-
währt. Wer also bis zum 30. Juni bar einzahlt, braucht
für je 100 nur 92 M. hinzulegen, wer vom 1. Juli bis 31.
Dezember einzahlt, immerhin nur 96 M. Die Ersparnis ist
also im ersten Falle eine ganz beträchtliche. Die Voraus-
zahlungen müssen durch Hundert Mark teilbar sein.

Außerdem vermindert derjenige, der alsbald bezahlt, ein
weiteres Anwachsen der Zinsen, da das Reichsnotopfer vom
1. Januar 1920 an bis zum Zahlungstage mit 5 v. H. ver-
zinst werden muß. Auch vor der Veranlagung, die mit dem
28. Juni ds. Js. einsehen wird, kann jeder Abgabepflichtige
an Hand des Gesetzes ohne Schwierigkeiten wenigstens die
Mindestgrenze seiner Abgabe selbst berechnen, ferner werden
die Finanzämter bereit sein, den Abgabepflichtigen bei der
Berechnung zu Hand zu gehen, und schließlich wurden — wenn
trotzdem eine Ueberzahlung der Abgabe erfolgt sein sollte —
die überzahlten Beträge mit einer Verzinsung von 5 v. H.
seit dem Tage der Barzahlung zurückerstattet werden.

Barzahlungen auf das Reichsnotopfer nehmen schon
jetzt entgegen sämtliche Reichsbankanstalten, ferner die Kreis-
kassen von Angabepflichtigen ihres Bezirks. Im Falle der
Zahlung an die Kreiskasse wolle sich der Abgabepflichtige zu-
nächst an das für ihn zuständige Finanzamt wenden. Die
Zahlung bei den Annahmestellen braucht nicht persönlich zu
erfolgen. Es werden auch die meisten Banken und bankähn-
liche Institute (Sparkassen u.ä.w.) die Vermittlung der Zah-
lung, die auch durch die Banküberweisungen und Schecks er-
folgen kann, übernehmen.

Cassel, den 9. Juni 1920.
Der Präsident des Landesfinanzamtes.
J. A. Schrader.

Steuerarten.

Gemäß Verordnung vom 21. 5. 1920 über das In-
krafttreten der Vorschriften der §§ 45-52 des Einkommen-
steuergesetzes vom 29. 3. 1920 treten die Vorschriften über
den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn mit dem
25. Juni 1920 in Kraft.

Hiernach sind sämtliche Arbeitgeber von diesem Tage
ab verpflichtet, 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des
Arbeitnehmers als vorläufige Einkommensteuer einzubehal-
ten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarten
des Arbeitnehmers zu kleben. Die Arbeitnehmer sind ver-
pflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde ihres
Wohnortes oder Geschäftsortes Steuerkarten ausstellen zu
lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich und zwar am
24. und 25. Juni, vorm. von 8-12 und nachm. von 2-4
Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Mitzubringen sind An-
gaben über Geburtstag und Geburtsort des Steuerpflichtigen
sowie über den Namen des Ehegatten.

Im amtlichen Kreisblatt Nr. 61 und 62 sind die Be-
stimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch
Abzug vom Arbeitslohn veröffentlicht. Die Steuerkarte ent-
hält ebenfalls eine entsprechende Anleitung.

Nassau, den 21. Juni 1920.
Der Magistrat: Hasenclever.

Bekanntmachung.

Das Verzeichnis der Kartoffelerzeuger und der von ihm
abzugebenden Mindestmengen, liegt auf dem Bürgermeister-
amt zur Einsicht offen.

Die ungelagerten Mengen müssen, sofern ein Lieferungs-
vertrag mit behördlich anerkannten Stellen nicht abgeschlossen
wird, an den Kreis oder an die von ihm bestimmte Stelle
abgeliefert werden.

Nassau, 21. Juni 1920.
Der Magistrat: Hasenclever.

Bekanntmachung.

Im amtlichen Kreisblatt Nr. 62 und 63 ist eine neue
Feldpolizei-Verordnung abgedruckt, auf deren Inhalt hiermit
besonders hingewiesen wird.

Nassau, den 22. Juni 1920.
Die Polizeiverwaltung: Hasenclever.

Nachrichten des Wirtschaftsamt des Stadt Nassau

Fleisch.
Der Verkauf von Frischfleisch und Fleischwurst
findet am Samstag, den 28. Juni in den Metzge-
reien L. Huth, Geschwister Huth, K. Blank, Chr.
Schulz und L. Mühlstein statt.

Hasenkerne.
In den Geschäften von Karl Pöbler, Cölner
Konsumverein, (Haus J. W. Kuhn), Johann
Egenolf, Ww. Lorch und Ww. Strauß stehen
Hasenkerne kartensfrei zum Verkauf. Preis pro
Pfund 2,20 M.

Margarine.
Auf Abschnitt 19 der Fettkarte wird bis einschl.
Freitag, den 25. Juni in den Geschäften von
Johann Egenolf, Köhler Konsum, A. Trombetta,
Frau R. Strauß Ww., Frau Auguste Bach und
Konsumverein (Haus J. W. Kuhn) 1/2 Pfund
Margarine zum Preise von 6 M. pro Karte aus-
gegeben.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Freitag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, fin-
det im „Nassauer Hof“ (Wöhrle) eine
zwangslose gesellige Zusammenkunft
statt, zu der wir die Mitglieder und Freunde, sowie die Wäh-
ler und Wählerinnen unserer Partei herzlich einladen. Um
zahlreiche Teilnahme bitten

Der Vorstand der Ortsgruppe
Ems-Nassau und Umgebung.

Für die uns anlässlich unserer Vermäh-
lung gemachten Geschenke und erwiesenen Auf-
merksamkeiten allen herzlichsten Dank.
Willy Peters und Frau
Frieda, geb. Wagner.
Nassau, 21. Juni 1920.

Vorkals-Herrenstiefel, prima, 175 Mark.
Rindleder-Arbeitschuhe, 139 „
Rindleder-Knabenschuhe, 36-39 86 „
Weißer Schnür- und Spangenschuhe, genähte, kräftige Ledersohle 65 „
Restpaare, do., No. 35 und 36 45 „
H. Adami, Obernhofstr. 40.

Leibniz Cakes

CAKES-FABRIK, HANNOVER.

in verschiedenen Tet-Packungen eingetroffen.
— August Hermani, Nassau —
Confituren-Spezialgeschäft.

Konsumverein f. Wiesbaden u. Umgegend

e. G. m. b. H.
Filiale Nassau (Haus J. W. Kuhn)
Kaffee, stets frisch aus eigener Rösterei, Mr.
wohlschmeckend Pfd. 24,—
feinste Mischung „ 28,—
Malzkaffee, lose gewogen „ 3,60
im Paket „ 4,30
Cacao, gezuckert, fertig zum Gebrauch „ 12,—
Corned Beef 2 Pfd.-Dose 19,50
Condens. Milch, gezuckert Dose 9,—
Fest. weißes Schweineschmalz Pfd. 17,—
Cocosfett „ 15,—
Va Bandnudeln, feinste Ware „ 10,—
Kunstbrot, bester Brotaufstrich „ 6,—
Marmelade, mit Zucker versüßt „ 2,20
Zwiebeln, neue „ 2,40

Tabak, Zigarren u. Zigaretten in großer Auswahl — Kautabak

Rheinweine, weiß und rot, franz. Rotwein.

Cognac, Rum, Zwetschenwasser (40%)

Auf unsere sehr preiswerten Einmachgläser machen
wir besonders nochmals aufmerksam

Der Vorstand.

= Kakao =

nur rein erstklassige Ware billigt bei
Café Hermani
Schokoladen- und Confitüren-
Spezialgeschäft

Prima Reifekörbe, Moskop's Tafellessig
Handhoffer, Postkörbe, Moskop's Weinlessig
weiße, runde, viereckige u. empfohlte
ovale Waschkörbe, graue Drogerie Trombetta.
Obst- u. Kartoffelmahnen in allen Größen, Obst-Ver-
sandkörbe, Spandkörbe in großer Auswahl, sämtl. Körb-
waren, Fensterleder.
Chr. Arzi, Nassau,
Korb- und Stuhlreiterer, Römerstr. 12.

Kräftiges Mädchen
gegen hohen Lohn sofort gesucht
Chr. Schulz, Metzgerei.
Tüchtiges Hausmädchen
sofort gesucht.
Krone, Nassau.
Lach, Sellerie, Erdkohl-
rabi, Dickwurz, Salat- und
Gemüsepflanzen, Endivienstamm
empfehlen
Tjerott, Nassau.

L. J. Kirchberger's Buchhandlung, Bad Ems

Nassauer Hof

Telephon No. 23

Reichhaltige Auswahl auf allen Gebieten der älteren und modernen Literatur
Musikalien und moderne Graphik, sowie alte Kupferstiche und Bilder

Bestellungen werden schnellstens ausgeführt

gebe ich auf alle

Manufaktur-Waren

wie: Kostümfstoffe, Voilestoffe für Sommerkleider, Schürzenstoffe etc.

10% Rabatt

M. Goldschmidt, Nassau.

Die Gewinn- und Verlosungs-Ziehung der Deutschen Spar-Prämienanleihe 1919

findet am 1. Juli statt

Zur Verlosung kommen:

2 000 Gewinne (1000 bis 1 000 000 M.)	= M. 20 000 000
20 000 Auslosungen mit Bonus (1050+1000 M.)	= M. 41 000 000
20 000 Auslosungen à 1050 M.	= M. 21 000 000
	M. 82 000 000

Die Prämienstücke zu 1000 M. nominal sind zum Tageskurs durch jedes Geldinstitut zu beziehen und werden durch die Darlehnskassen des Reichs m. 85% des Börsenkurses ohne Schmälerung der Rechte der Besitzer zum Darlehenskassenzinssatz (5 1/2 %) beilehen

Reichsfinanzministerium (Anleihestelle)

1 tüchtiges
Mädchen
für den Gräflichen Schloßhaushalt zum 1. Juli gesucht.
Meldung auf der Gräflichen Kentei.

Stückkalk
(grauen und weißen),
Düngeralk
(auch zum desinfizieren),
la Portland-Zement
(Dyckerhoff u. Söhne-Betrieb)
auf Lager empfiehlt
Chr. Balzer, Nassau,
Baumaterialienhandlung.

Allerlei Nachrichten.

Eine Stimme der Vernunft.

Ein Leitartikel der führenden englischen liberalen Wochenchrift „Nation“ bespricht die deutschen Reichstagswahlen, ohne allerdings viel Verständnis für den Charakter der einzelnen Parteien zu zeigen. Zustimmung muß man den nachfolgenden Sätzen, welche auf den Zusammenhang zwischen Friedensschluß und Wahlen hinweisen:

Die deutschen Wahlen sind eine ernste Mahnung für die Verbündeten. Wenn sie den Blick auf dieses kraftlose Werkzeug zur Ausführung des Friedensvertrages richten, werden sie es noch weniger als vorher in der Lage sehen, Unmögliches zu vollbringen. Sie haben mit der Verlängerung der Friedensnote mit dem untrüglichen Friedensvertrag, mit ihrer Politik der Kränkungen und des Zwangs, mit ihren phantastischen Plänen der Schuldnerhaft für eine ganze Generation, mit allem dem Deutschland zu einem Staat gemacht, der nicht arbeiten, nicht zahlen und nicht regiert werden kann. Das Wachstum der äußeren Parteien ist ein Beweis dafür, daß die Lage für jede Volksschicht unerträglich ist. Während die ganze Welt in handgreifliche Armut versinkt, haben die Verbündeten es nahezu fertiggebracht, den produktivsten und reichsten Teil des europäischen Kontinents zu zerstören. Aus diesem stetigen Wendenfort hätten wenn man ihn richtig behandelt hätte, alle Lokomotiven und Flugmaschinen und Maschinen, welche die Welt so dringend braucht, im letzten Jahre hervorgerufen werden können, so gut wie man von Deutschland das man durch Bürgerkriege und feindliche Einfälle peinigen ließ, gewiss Getreide hätte erlangen können, um die Hungersnot zu beenden. Sehr spät, vielleicht zu spät, erkennt die eine Hälfte der Verbündeten die eine Hälfte der Fehler. Wenn sie sie nicht gemeinsam in Europa oder noch früher wieder gut macht, dann bricht die Katastrophe über Mittel- und Osteuropa herein. Kommt es nicht zu gemeinsamen Handeln, dann ist es Zeit, daß wir, um aus dem Schiffsbruch der Zivilisation wenigstens etwas zu retten, dies undurchführbare Bündnis lösen!

Wucherbekämpfung.

Wie das „V. L.“ mitteilt, hat der bayerische Handelsminister an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er verschiedene Vorschläge zur nachdrücklichen Bekämpfung des Wuchers macht. In eingehender Weise wird eine Änderung der Preistreiberverordnung dahin vorgeschlagen, daß nicht das nehmen eines übermäßigen Gewinnes, sondern eines unangemessenen Preises unter Strafe gestellt werden soll. Die Bekämpfung des Wuchers und Wucherums erfordert einen weit stärkeren Ausbau der Wucherabverfolgung, ein besseres Zusammenwirken der Landespreiskassen und eine Verstärkung der zuständigen Abteilungen des Reichswirtschaftsministeriums. Die Verbandspreise seien jeweils in ihrer Entstehung zu prüfen, insbesondere könne die Preisprüfung für Kohlen, Eisen, Holzwerkzeugen und Düngemittel nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht entbehrt werden. Der Kampf gegen das Schieber- und Wucherum sei in erster Linie ein Kampf gegen die unlauteren Einbringlinge die mit dem bodenständigen Handel nichts zu tun hätten. Es werden hierbei an die Mithändler, die sich zum Beispiel in Gütern und Edelmetallen, im Altmaterialienhandel und im Pferdehandel herausgebildet haben, erinnert. Endlich wird gefordert, daß die behördliche Durchsicht der Kriegsgesellschaften unter Zuziehung von Sachverständigen der beteiligten Wirtschaftskreise insgesamt kraftvoll durchzuführen werde, damit bei dem Aufwärtstrend der neuen Reichstags, soweit wie irgend möglich, ausreichende Unterlagen für die endgültige Erledigung der allzulange verzögerten Angelegenheit vorliegen.

Die deutsche Abrüstung.

Die französische Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten nahm einen Bericht Andre Lefevres über die deutsche Abrüstung entgegen. Der Minister gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß, wenn Deutschland auch gewisse Punkte des Friedensvertrages ausgeführt habe, es doch im ganzen genommen seinen guten Willen an den Tag lege. Er gab der festen Hoffnung Ausdruck, daß es der Enschlossenheit und der Uebereinstimmung unter den Alliierten schließlich doch gelingen werde, von Deutschland die völlige Ausführung der ihm auferlegten Bedingungen zu erlangen.

Die Industriekrise. Im Solinger Ruhrbezirk hat die Betriebseinschränkung in den letzten Tagen wieder stark zugenommen. In den meisten größeren Stahlwarenfabriken, die sehr auf die Ausfuhr angewiesen sind, wird nur noch vier Tage in der Woche gearbeitet, weil keine neuen Bestellungen eingeht und alle vielfach zurückgezogen werden.

Die Papierfabriken verdienen nach wie vor wahnsinnige Gelder, mögen auch Buchdruck und Zeitungen zugrundegehen. Wie das „Geldmacher“ berichtet wird, zeigt z. B. der Jahresbericht der Papierfabrik H. W. Strobel in Chemnitz. Sie besitzt ein Aktienkapital von 1 Million Mark und verdiente nach Deduktion der Unkosten, Zinsen und Abschreibungen 1 048 979 Mark, fast 50 000 Mark mehr als das Grundkapital, also über 100 Prozent Reingewinn! — Und trotzdem wird das Papier immer teurer. Die Papierfabrikanten haben rückwirkend ab 1. Mai eine neue Steigerung festgesetzt. Hauptächlich wegen dieser Papierverteuerung, der unsere Regierung mit verbundenen Augen gegenübersteht, haben sämtliche Zeitungen schon ab 1. Juni zu neuen Preiserhöhungen greifen müssen.

Preissturz. Aus Paris wird gemeldet: In mehreren großen Handelszentren im Gebiet von Bragagnan macht sich ein Sinken der Preise bemerkbar. Aus dem Bar-Departement wird eine reiche Ernte gemeldet. Wein und Del fallen im Preise. Auch in der Seidenfabrikation ist eine Besserung eingetreten. Die Seidenzucht ist gut ausgefallen und beendigt; die Zahl der Seidenzüchter war größer als im Vorjahre, was auf vermehrte Erzeugung schließen läßt.

Obstausfuhr aus Ungarn. Wie die Budapestener Blätter melden, hat Deutschland Ungarn 600 Waggons zur Durchführung der Obstausfuhr zur Verfügung gestellt. Ein Teil davon ist bereits unterwegs. Die Obstausfuhr nach Österreich und Deutschland hat bereits begonnen.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	101,—	—,—
3 1/2	do.	94,—	—,—
3 1/2	do.	91,—	—,—
3	do.	80,50	—,—
4	Frankf. Hyp.-Bank	102,—	—,—
3 1/2	do.	90,75	90,75
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	100,—	—,—
3 1/2	do.	88,—	—,—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,75	79,75
4	do.	74,50	—,—
3 1/2	do.	65,80	—,—
3	do.	64,50	—,—
	Devisen		
	Frankreich	301 1/2	302 1/2
	Holland	1358 1/2	1361 1/2
	Schweiz	680 1/2	688 1/2
	Schweden	814 1/2	815 1/2

Gleichverorgungsbezirk Bergn. Scheuern

Die Fleischausgabe erfolgt in dieser Woche:

Freitag Vormittag:

An die Bewohner von Bergn.-Scheuern:

Von 9—10 Uhr Fleischkarten 201—Schluß

Von 10—11 Uhr Fleischkarten 1—100

Von 11—12 Uhr Fleischkarten 101—200.

Freitag Nachmittag:

Von 3—4 Uhr Deggshofen und Oberwies

Von 4—5 Uhr Dienethal, Miffelberg und Geisig.

Von 5—6 Uhr Sulzbach.

Bergn.-Scheuern, 22. Juni 1920.

Der Bürgermeister:

Rau.

Bekanntmachung.

Am Samstag, den 26. Juni 1920, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet in Limburg a. L., oberer Saal des Hotels „Preußischer Hof“ die

zwölfte ordentliche Hauptversammlung
des **Lahnkanalvereins** statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Jahr 1919.
2. Rechnungsablage für 1919 und Entlastung des Vorstandes.
3. Wahl von 2 Rechnungsprüfern zur Prüfung der Jahresrechnung.
4. Ergänzungswahl zum Ausschuß.
5. Wahl des Ortes der nächsten Hauptversammlung.
6. Vortrag des Herrn Dipl.-Ing. Schmale „Wasserkräfte und Kanalisierungen.“
7. Sonstiges (Anregungen, Anfragen, kleine Mitteilungen und so weiter)

Alle Mitglieder und Freunde des Lahnkanalprojektes werden ergebenst hierzu eingeladen.

Geschäftsstelle Wehlar, den 7. Juni 1920.

Lahnkanal-Verein E. V.

Der Vorsitzende:

Groebler, Berglar.

Kreisverband für Handwerk u. Gewerbe im Unterlahnkreis.

Die seither von Herrn Rudenbuch geleitete Geschäftsstelle hat am 15. ds. Mts.

Herr Wilh. Fiebig in Diez,

Bahnhofstraße 3,

übernommen.

Die Beratungs- und Auskunftsstunden bleiben dieselben, wie seither. Für Nassau nächster Termin am 30. Juni, nachm. 2—5 Uhr, im Rathaus, Zimmer No. 5.

Carl Bühl, Vorsitzender.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 25. Juni 1920, vormittags 10 Uhr, werde in Dausenau „Zur Waldmühle“

1 Grammophon mit 30 Platten

öffentlich zwangsweise gegen Barzahlung versteigert.

Bad Ems, den 21. Juni 1920.

Radtke, Gerichtsvollzieher.

Feinste Holländische Import-Cigarillos

aus rein Uebersee-Tabaken in eleg. Taschen à 10 u. 20 Stück Mk. 580.— per Mille franco. Kleinverkaufspreis 75 Pfennig pro Stück. Verlangen Sie Probepäckchen mit 200 Stück zu Mk. 116.— franco Nachnahme.

M. Mirow, Cigarrenfabrik, Hamburg 1.

Der beste
Einkoch-Apparat
REX
Conserven-Gläser

viele Millionen im Gebrauch.
Überall bevorzugt.
Dreyers Fruchtsaft-Apparat, REX
für Gelee, Marmelade und Säftebereitung.
Halbe Kochzeit • 50% Zuckerersparnis.
Rex-Conservenglas-Gesellschaft
Bad Homburg

Verkaufsstellen werden nachgewiesen.
Albert Rosenthal, Nassau.

Brennholz! zu kaufen
Gustav Nebelung, Frankfurt a. M.,
Wittelsbacher Allee 4.
Waldbestände! zu verkaufen
Telefon Hanfa 503.